

**Bernd W. Kubbig, Sven-Eric Fikenscher (Hrsg.), Arms Control and Missile Proliferation in the Middle East, Abingdon (Oxon) and New York (Routledge) 2012.**

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich habe selten eine so vorzügliche Ansammlung von hochkarätiger internationaler Expertise gelesen. Die 39 Experten und Expertinnen, die an diesem Buch mitgewirkt haben, kommen aus über zehn Ländern. Israel, Ägypten, Jordanien, die palästinensische Seite, Bahrain, auch Iran sind vertreten neben Fachleuten aus den USA, Russland, Deutschland und Österreich. Alle sind Spezialisten auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und/oder der regionalen Sicherheitsproblematik im Nahen und Mittleren Osten bzw. der Golfregion. Sie (oder doch ein Teil von ihnen) bilden, zusammen mit anderen Experten, die in diesem Sammelband nicht vertreten sind, das von Bernd W. Kubbig gegründete und geleitete „Academic Peace Orchestra Middle East“.

Diese Gruppierung mit einem Namen, der sich an Daniel Barenboims musikalisches Nahost-Orchester anlehnt, besteht aus ca. 70 Mitgliedern vorwiegend aus der Region Naher und Mittlerer Osten/Golf und ist eine klassische *Track-II-Initiative*. Die Experten treffen sich regelmäßig in Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen im Rahmen eines neunteiligen Konferenzzyklus im Zeitraum von 2011 bis 2014. Der Hauptzweck dieser Initiative ist es, die von den Vereinten Nationen für 2012 oder 2013 in Aussicht genommene Nahostkonferenz zur Etablierung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone und ihren Trägersystemen vorzubereiten und zu begleiten. Das „Academic Peace Orchestra Middle East“, das auch der Vertrauensbildung unter den Teilnehmern dient, veröffentlicht eine Serie von „Policy Briefs“ zu einzelnen Themen. Diese Papiere und andere Zwischenberichte können über die Website der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ([www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)) abgerufen werden. Finanziert wird das Projekt vom norwegischen Außenministerium, dem deutschen Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gegenstand der gemeinsamen Überlegungen im hier vorgestellten Sammelband sind die Gefährdungen, die von einer wachsenden Zahl von Raketen verschiedener Reichweite in der Region ausgehen. Sie sind nicht nur Träger von Massenvernichtungswaffen, sondern auch als konventionelle Waffen einsetzbar und somit mit besonderen Stabilitätsrisiken behaftet. Es hat bereits mehrere Versuche gegeben, die Sicherheitsthematik in der Region selbst zu diskutieren, aber die Probleme der Vertrauensbildung und der Rüstungskontrolle/Rüstungsbegrenzung sind enorm; nicht nur im engeren technischen Sinne (hier vor allem die dramatischen Asymmetrien in den jeweiligen Rüstungspotenzialen), sondern vor allem im politischen Bereich. Es ist ein altes Paradox der Rüstungskontrolle, dass sie besonders dringend gebraucht wird, wenn die politischen Voraussetzungen für ihren Erfolg eigentlich fehlen, und wenn die Voraussetzungen da sind, man vielleicht auch ohne sie auskäme. Rüstungskontrolle wird eher einen erreichten Stand der Vertrauensbildung ratifizieren und stabilisieren, als selbst Vertrauen und Sicherheit generieren. Die besondere Qualität dieses Bandes liegt darin, dass er diese Problematik reflektiert, die technischen und politischen Schwierigkeiten differenziert und auf höchstem fachlichem Niveau analysiert, zugleich Möglichkeiten der Spannungsminderung und technische wie politische Voraussetzungen für Rüstungsbegrenzung und Vertrauensbildung aufzeigt.

Der Sammelband besteht aus drei Teilen und einer Einleitung. In dieser Einleitung entfaltet Bernd Kubbig als einer der Herausgeber die theoretischen Grundlagen für das Buchprojekt, vor allem über die Erörterung zentraler Konzepte wie „Sicherheitsdilemma“, „Rüstungskontrolle“ oder „Vertrauensbildung“ und die Begründung des Fokus auf der Raketentechnologie. Der erste Hauptteil vertieft die Begründung für die Schwerpunktlegung: Raketen und ihre Verbreitung als eine Bedrohung für Sicherheit und Stabilität. Der eine der beiden Beiträge beschreibt die Geschichte der bisherigen politischen Gespräche in der Region über Rüstungskontrolle und regionale Sicherheit und analysiert, warum und woran sie gescheitert sind: unvollständige Beteiligung, hochgradig asymmetrische

Militärpotenziale und dementsprechend nur schwer kompatible Sicherheitsbedürfnisse, unvereinbare politische Ambitionen. Der zweite Beitrag nimmt im Detail die destabilisierenden Wirkungen der Raketenproliferation in der Region (u.a. Förderung von Präventions- und Präemptionsneigungen) in den Blick.

Der zweite Hauptteil ist den Voraussetzungen für mögliche Erfolge bei einem schrittweisen Vorgehen („*step-by-step approach*“) gewidmet. Hier geht es zunächst einmal um die konkreten Asymmetrien in den jeweiligen Paar- oder Dreiecksbeziehungen bzw. regional/überregionalen Kontexten: Wer fühlt sich von wem und warum bedroht? Dabei spielen verschiedene Konflikte und Rivalitäten in der Region bzw. Teilen der Region, aber auch das Hineinwirken externer Mächte, vor allem der USA, aber auch Russlands und Chinas, eine große Rolle. Der israelischen Sicherheitspolitik und der Rolle der Hisbollah und der Hamas sind eigene Studien gewidmet, alle drei exzellente Zusammenfassungen der jeweiligen politischen und militärischen Grundlagen und aktuellen Entwicklungen; hervorragende und vorbildliche, umfassende Einzelpapieren. Ich möchte keinen dieser drei Beiträge noch einmal hervorheben, sie gehören m.E. zur Pflichtlektüre all derjenigen, die sich mit dem Nahostkonflikt im engeren Sinne beschäftigen. Aus gegebenem Anlass erscheint mir gleichwohl ein gesonderter Hinweis auf den Beitrag von Uri Bar-Joseph über Israels Abschreckungspolitik in einem sich wandelnden Umfeld angebracht. Er dokumentiert, was man über dieses Thema ebenso qualifiziert wie differenziert im Detail sagen kann und potenziert damit noch einmal mein Erschrecken über das armselige Niveau der Debatte in der deutschen Öffentlichkeit (nicht im Fachjournalismus und in der Wissenschaft) im Anschluss an das erbärmliche Gedicht von Günter Grass über die Krise um das iranische Nuklearwaffenprogramm. Bar-Joseph schlägt im Übrigen, wie andere israelische Fachleute auch, Entspannungsinitiativen der israelischen Regierung im Verhältnis zu den Palästinensern vor, um die Voraussetzungen für Vertrauensbildung in der Region insgesamt zu verbessern. Mit einer baldigen Entspannung auf direktem Wege zwischen Israel und Iran rechnet er nicht.

Systematische Aspekte behandeln in diesem Teil drei Aufsätze über (1) die schrittweise Entwicklung von Kontrollmechanismen für Massenvernichtungswaffen, (2) die Herausforderungen für die Verifikation von Rüstungskontrollmaßnahmen bei Raketen und (3) die Rolle auswärtiger Mächte, die sowohl als „*Spoiler*“ (Spielverderber) als auch als Garantiemächte für Vereinbarungen bzw. mit eigenen Verabredungen (etwa einem Sicherheitsarrangement zwischen den USA und Iran) auftreten können.

Im dritten Teil greifen verschiedene Autoren auf Bausteine für eine mögliche raketenfreie Zone zurück, die schon in anderen Kontexten entwickelt worden sind. Hier geht es einmal um Erfahrungen mit der Vertrauensbildung durch militärische Transparenz im Ost-West-Verhältnis und das Waffenregister der Vereinten Nationen, zum zweiten um MTCR, das „*Missile Technology Control Regime*“ und den „*Hague Code of Conduct*“, schließlich um Erfahrungen mit der Begrenzung und dem Verbot von Raketen und Raketenabwehr, hauptsächlich im Ost-West-Konflikt. Auf der Grundlage dieser historischen Erfahrungen, die sorgfältig beschrieben und analysiert werden, entwickeln die jeweiligen Autoren Vorschläge für Rüstungskontrollprozesse und -maßnahmen in der Region Naher und Mittlerer Osten/Golf.

Der Sammelband besticht nicht nur durch die Qualität der Einzelbeiträge, sondern auch durch die konsequente Anlage des ganzen Projekts. Die technischen und politischen Schwierigkeiten werden nüchtern analysiert, hier werden keine Illusionen verbreitet. Zugleich werden Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Verbesserung der Sicherheitslage in einer wahrlich von Konflikten und Gewalt gebeutelten Region aufgezeigt. Dafür und für das ganze Unternehmen gebührt den Herausgebern und den Autorinnen und Autoren höchste Anerkennung.

Gert Krell

**Sandra Cheldelin, Maneshka Eliatamby (eds.), *Women Waging War and Peace. International Perspectives of Women's Roles in Conflict and Post-Conflict Reconstruction*, New York/London (Continuum International Publishing Group) 2011.**

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2011 an drei Friedensaktivistinnen würdigte das friedenspolitische Engagement von Frauen. Schon das zehnjährige Jubiläum der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ hob die Leistungen von Frauen als Friedensstifterinnen hervor und verlangte ihre Integration in Friedensverhandlungen und politische Gremien zum Wiederaufbau von Nachkriegsgesellschaften. In diese Kontexte ist der Sammelband von Sandra Cheldelin und Meneshka Eliatamby politisch einzuordnen. Cheldelin ist Professorin für Konfliktforschung an der George Mason Universität in den USA, Eliatamby Vize-Präsidentin der Organisation *Communities without Boundaries International*; zuvor war sie am *Center for Peacebuilding International* in Washington D.C., Mitarbeiterin des dortigen Holocaust-Museums und Mitinitiatorin einer Versöhnungsinitiative in Sri Lanka.

Der vorliegende Sammelband enthält insgesamt 16 Beiträge, die in fünf Kapitel unterteilt sind. Schwerpunkte sind die Kriegsbeteiligung von Frauen und Mädchen, die Friedensaktivitäten von Frauen während Kriegen, die Einflussnahme von Frauen auf Nachkriegs- bzw. Postkonfliktgesellschaften, die Rolle von Frauen in der Übergangsgerechtigkeit und bei Rechtsreformen sowie die Auseinandersetzung mit dominanten Diskursen in der Forschung und politischen Praxis. Zu den Autorinnen zählen neben US-amerikanischen Mitarbeiterinnen der George Mason Universität auch (Gast-)Wissenschaftlerinnen aus Afrika, Osteuropa und dem Nahen Osten. Einige arbeiten nicht nur als Wissenschaftlerinnen mit besonderer Expertise über ihre Herkunftsländer, sondern auch als Beraterinnen für internationale Nichtregierungsorganisationen. Das Buch hat einen dezidierten *female bias*, der sich darin zeigt, dass hier ausschließlich Frauen publizieren, die nur partiell Bezüge zur Maskulinitäts- oder Gender-Forschung,

die sich mit Frieden und Konflikten beschäftigen, herstellen.

Die Stärken des Buches liegen in der differenzierten Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Rollen, die Frauen in Kriegen und Konflikten übernehmen. So führen Patricia Maulden am Beispiel von Kindersoldatinnen in Liberia, Maneshka Eliatamby mit Bezug auf Unabhängigkeitskämpferinnen in Sri Lanka und Eritrea, und Ekaterina Romanova zu Selbstmordattentäterinnen in Tschetschenien aus, dass Frauen keineswegs als homogene Gruppe von Kriegsoffizieren betrachtet werden sollten. Vielmehr analysieren sie detailliert die Handlungsansätze und -grenzen der Kämpferinnen und setzen diese mit den jeweiligen Kriegskontexten in Beziehung. Die Entscheidung für das Töten wird aus der Handlungsrationale der Akteurinnen heraus erklärt. Allerdings hat weder die Mitwirkung an der emanzipatorischen Postulate propagierenden Unabhängigkeitsbewegung in Eritrea den Kombattantinnen die versprochenen Verbesserungen gebracht noch die Mitwirkung an Attentaten in Sri Lanka. Auch die Kindersoldatinnen in Westafrika wurden mehrfach diskriminiert, sie galten nach dem Kriegsende als aufmüpfige Unruhestifterinnen, die von ihren Herkunftsfamilien oftmals abgewiesen wurden. Obwohl etliche durch die wiederholten Vergewaltigungen im Krieg schwanger geworden waren, galten sie nicht als erwachsene Frauen, sondern als fehlgeleitete Kinder. Die meisten Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme gingen auf ihre Probleme völlig unzureichend ein, sie setzten auf Wiedervereinigung mit den patriarchalischen Herkunftsfamilien.

Während die Autorinnen hier auch Kritik an Frauen üben, die Ablehnung und Marginalisierung von Ex-Kämpferinnen befördern, gehen die Beiträge über Frauen als Friedensstifterinnen eher von verbindenden Interessen aus, etwa dem gemeinsamen Auftreten von Müttern, deren Söhne im Krieg vermisst werden. Darüber hinaus wird die kollektive Nutzung der Nachkriegsphase als Chance für Gesetzesreformen und politische Erneuerungen anerkennend illustriert, etwa von Swanee Hunt, Peace Uwineza und Vanessa Noel Brown an Beispielen aus dem Kosovo und Ruanda.

Konzeptionell passen die Aufsätze zum Hurrikan *Kathrina*, zu den Folgen der Ölpest im Golf von Mexiko, zu krimineller Gewalt in den USA, zu Frauen in Haiti und zu Ehrenmorden an Frauen u.a. in Pakistan nicht direkt zum Thema des Buches. Der US-amerikanische *Bias* ist hier unverkennbar, mehr selbstkritische Reflexionen der Herausgeberinnen wären diesbezüglich sinnvoll gewesen. Schließlich arbeiten zu Frauen in Kriegen und Friedensprozessen in unterschiedlichen Ländern sehr viele Wissenschaftlerinnen, sodass es einfach gewesen wäre, weitere themenrelevante Artikel einzuwerben. Davon hätten auch die Schlussüberlegungen zu den dominanten Diskursen profitieren können, die auf vergleichsweise wenigen und oft nicht aktuellen Hinweisen auf den breit gefächerten Forschungsstand basieren. So bleibt der Eindruck, dass dieser Sammelband, der einige informative Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung enthält, eine gewisse Schaufensterfunktion hat, denn die Mehrzahl der Autorinnen ist direkt oder indirekt an die George Mason Universität assoziiert. Einige stehen mit dem *Hunt Alternatives Fund* in Verbindung, dessen politisch einflussreiche Gründerin und Präsidentin Swanee Hunt ebenfalls an diesem Buch mitgewirkt hat.

Insgesamt illustriert der Sammelband, dass der Dialog mit Wissenschaftlerinnen aus Konflikt- bzw. Nachkriegsländern fruchtbar ist, Vertreterinnen der US-amerikanischen Forschungslandschaft aber selbstkritischer eigene Standpunkte reflektieren sollten. Dies wäre für die Profilgewinnung der Frauen- bzw. Gender-Ansätze in der internationalen Friedens- und Konfliktforschung wünschenswert.

Rita Schäfer

**Johann Schmid, Die Dialektik von Angriff und Verteidigung. Clausewitz und die stärkere Form des Kriegsführens, Wiesbaden (VS-Verlag für Sozialwissenschaften) 2011.**

Als Carl von Clausewitz im Jahre 1831 starb, hinterließ er ein unvollendetes Werk: „Vom Kriege“. Darin befasste er sich mit dem Wesen des Krieges; auch von dem Versuch geleitet, eine Theorie des Krieges und der Strategie zu entwickeln. Bis heute wird Clausewitz international rezipiert. Nicht nur in der

militärtheoretischen Schulung, auch etwa im Management und Consultingbereich spielen die Überlegungen des preußischen Generals eine große Rolle. Eine seiner Hauptthesen ist die von der größeren Stärke der Verteidigung gegenüber dem Angriff. In einer kritischen Diskussion analysiert der Politikwissenschaftler und Offizier Johann Schmid nun diese These. Sein Ziel ist es, die Stimmigkeit der clausewitzschen Gedanken und ihre Vereinbarkeit mit der Wirklichkeit des Krieges zu überprüfen. Dies erfolgt in vier aufeinander aufbauenden Schritten. Zuerst werden die Bedeutung des Verhältnisses zwischen Angriff und Verteidigung und die Kontroverse in dieser Frage über historische Grenzen, insbesondere in der Zeit Clausewitz', dargestellt. In einem zweiten Schritt folgt eine Analyse der These selbst, mit Fokus darauf, wie der preußische General diese verstanden wissen will. Anhand zweier kriegstheoretischer Phänomene, dem Angriff aus einer Situation der Schwäche heraus und dem Präventivangriff, wird der Widerspruch der „größeren Stärke der Verteidigung“ zur Realität des Krieges gezeigt. Und schließlich wird, auf diesen Schritten aufbauend, im Hauptteil der Arbeit die theoretische Argumentation von Clausewitz kritisch beleuchtet. Schmid will damit nicht „Clausewitz oder sein Werk ‚Vom Kriege‘ als solches in Frage [stellen]“ (S. 251).

Mit Hilfe kurzer Darstellungen theoretischer Denker und Praktiker des Krieges, etwa Sun-Tsu, Friedrich II. und Napoleon, gibt der Autor einen Überblick, wie die Frage von Angriff und Verteidigung in der Vergangenheit und zu Lebzeiten Clausewitz' diskutiert wurde. Aus diesen Betrachtungen wird deutlich, dass sich Clausewitz nicht nur deutlich von seinen Vordenkern abhebt, sondern mit seiner These der größeren Stärke der Verteidigung vielmehr in direkter Opposition zum vorherrschenden angriffsorientierten Denken seiner Zeit stand.

Der Kern von Clausewitz' These besteht darin, die Verteidigung als „an sich stärkere Form des Kriegsführens“ (S. 67) zu bezeichnen. Angriff und Verteidigung sind beides Ausprägungen des Kampfes. Das zentrale Unterscheidungsmerkmal sei aber der abwartende Charakter der Verteidigung. Wichtig sei die Wechselwirkung zwischen den Formen. So erge-

be sich die besondere Stärke der Verteidigung gerade erst aus der Möglichkeit zum Gegenschlag, dem „blitzenden Vergeltungsschwert“ (S. 78). Der Verteidiger erhält folglich einen zusätzlichen Vorteil durch seine Entscheidung für die verteidigende Form des Kampfes. Der preußische General will seine Theorie als zeitübergreifenden Grundsatz verstanden wissen. Dies begründet er durch ein unabänderliches „Wesen des Krieges“ (S. 114), der unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen kann.

Aus diesen Darstellungen hergeleitet präsentiert Schmid zwei kriegstheoretische Phänomene, die der Theorie Clausewitz' entgegenstehen. Zum einen der Angriff aus der Schwäche, dargestellt am Beispiel der zwölften Isonzoschlacht 1917, und zum anderen der Präventivschlag Israels im Sechstagekrieg 1967. In beiden Fällen verfügten die angreifenden Seiten über ein nur schwaches Heer, haben dennoch ihre Gegner angegriffen, und den Ausgang des Krieges für sich entscheiden können. Dies steht dem zentralen Gedanken Clausewitz' jedoch entgegen, da ihm zufolge ein Angriff aufgrund einer Schwächesituation in Ausnutzung des Elements der Überraschung und der größeren Moral schlicht nicht erfolgsversprechend sei. Wenn ein Heer zu schwach für die Verteidigung ist, so ist es erst recht zu schwach zum Angriff, so seine These.

Im vierten Kapitel analysiert und bewertet Schmid schließlich die vier Argumentationslinien des preußischen Offiziers zur Begründung der größeren Stärke der Verteidigung. Diese Stärke aus der „Natur der Sache“ (S. 168) zu begründen ist nicht zielführend, da nicht pauschal gesagt werden kann, dass Erhalten leichter ist als Erobern. Clausewitz begründet das vor allem mit dem Abwarten: Dem Verteidiger kommt alle verstreichende Zeit zu Gute. Abgesehen davon, dass es nicht ersichtlich ist, warum dies nur für die Verteidigung von Vorteil sein soll, verkennt der preußische Kriegsphilosoph laut Schmid auch die positiven Aspekte der Initiative im Angriff. Auch seine Thesen im Kapitel „Logik“ müssten abgelehnt werden, zu sehr denke Clausewitz in Dichotomien, erkläre er die Verteidigung zur stärkeren Form, weil es eben der Angriff nicht sein könne. In seiner Argumentation über die „Prinzipien des Sieges“,

wirft, so Schmid, Clausewitz drei solcher Grundsätze für die Taktiken „Überraschung“, „Vorteil der Gegend“ und „Anfall von mehreren Seiten“ auf und fügt noch drei zusätzliche für die Strategie hinzu: „Beistand des Kriegsherren“, „Beistand des Volkes“ und schließlich den „moralischen Vorteil“. Auch ohne dass diese Prinzipien an dieser Stelle genauer erläutert werden, wird dem Leser schnell klar, dass es nicht ersichtlich ist, warum diese nur dem Verteidiger zum Vorteil gereichen sollen. Insbesondere wenn man die „Überraschung“ betrachtet fehlt der Argumentation jegliche Grundlage. Clausewitz begeht hier nach Schmid den Fehler, „bestimmte, zutreffende, aber einseitige, aus einer ganz bestimmten Situation unter dem Eindruck persönlicher Erlebnisse und Erfahrungen gewonnene Erkenntnisse auf der Erscheinungsebene zu verallgemeinern und hieraus in unzulässiger Weise Aussagen über das Wesen von Angriff und Verteidigung abzuleiten“ (S. 239). Schließlich versuche Clausewitz den Gegenangriff als entscheidenden Vorteil der Verteidigung darzustellen bzw. zu zeigen, dass der größte Nachteil des Angriffs die auf diesen folgende „unvorteilhafte Verteidigung“ sei (S. 241). In diesem Argument zeige sich, so der Autor, auch eine der größten Schwächen Clausewitz', nämlich die unklare Trennung der zentralen Begriffe.

In seinem Fazit resümiert Schmid, dass die These von der größeren Stärke der Verteidigung weder der empirischen noch der theoretischen Prüfung standhält, und warnt deshalb davor, bestimmte Grundsätze von Clausewitz zu Dogmen zu erheben. Trotz der Schwächen seines Werkes sollte aber nicht verkannt werden, dass der preußische General einen signifikanten Beitrag für eine Theorie des Krieges geleistet habe. Er sei bisher der einzige, der sich auf systematische Weise mit der Dialektik von Angriff und Verteidigung auseinandergesetzt habe.

Das Buch von Johann Schmid bietet eine umfassende Diskussion der clausewitzschen These von der größeren Stärke der Verteidigung. Gerade in Deutschland lässt sich die Zahl der Politikwissenschaftler, die zu dieser Thematik arbeiten, an einer Hand abzählen. Schmid leistet hier einen wichtigen Beitrag, das Forschungsfeld weiterzuentwickeln. Die

Arbeit ist logisch stringent aufgebaut, was den Einstieg in die komplexe Thematik deutlich erleichtert. Dennoch sollte der Leser sich Vorkenntnisse in Bezug auf Clausewitz aneignen, da dies dem besseren Verständnis dient und er sonst an manchen Stellen auf Schwierigkeiten stoßen wird. Insbesondere die Diskussion seiner Argumentation bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau. Des Weiteren moniert Schmid, dass Clausewitz oft unkritisch rezipiert werde. Es wäre interessant, zu erfahren, ob der häufige Rückgriff auf Clausewitz' Theorie auch Auswirkungen auf die Entschlüsse von Entscheidungsträgern hat, wie hier unterstellt und an ausgewählten Zitaten belegt wird. Gerade für Leser ohne militärisch-strategisches Hintergrundwissen erschließt sich das nicht so einfach, eine Vertiefung dieser Frage wäre ein Gewinn gewesen. Schließlich wäre eine stärkere Kontextualisierung weiterführend. Gerade in Bezug auf aktuelle Themen, wie sie der Autor im ersten Kapitel anspricht – genannt werden hier Cyberwar und internationaler Terrorismus – zeigt sich die zeitgenössische Relevanz der These für die Praxis. Insgesamt bietet das Werk aber einen interessanten Einblick in die kriegstheoretische Diskussion, die ihren besonderen Wert aus der nachvollziehbaren, systematischen Analyse zieht, die man bei theoretischen Arbeiten oft vermisst.

Matthias Winkler

**Matthias Basedau, Robert Kappel (Hrsg.), Machtquelle Erdöl. Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten, Baden-Baden (Nomos) 2011.**

Die Ölkrise von 1973, der Erste Golfkrieg und nicht zuletzt die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko 2010 demonstrieren die enge Verflechtung von Erdöl und Politik. Die Autoren Basedau und Kappel sehen anhand der steigenden Nachfrage, ausgelöst durch den wachsenden „Energiehunger“ der aufsteigenden Wirtschaftsmächte China, Brasilien und Indien, einen verstärkten Wettlauf um Energiesicherheit. Globaler Wettbewerb um Ressourcen und die Tatsache, dass fossile Brennstoffe nur in begrenzter Menge verfügbar sind, machen Erdöl immer teurer. Hiervon profitieren vor allem die Förderländer durch höhere Einnahmen. Der Besitz der Ressource Öl wird zu einer

Machtquelle, die im vorliegenden Buch anhand verschiedener Länderanalysen auf ihre außen-, innen- und wirtschaftspolitische Relevanz hin untersucht werden soll.

Die Autoren legen ihrer Untersuchung eine rententheoretische Sichtweise zugrunde. Dabei stehen nicht-deterministische Varianten der Rententheorie im Vordergrund. Als zwei wesentliche Varianten gelten zum einen der „Rentierstaat“-Ansatz und der „Ressourcenfluch“-Ansatz. Macht wird in der Rententheorie als Kontrolle über Ressourcen verstanden. Der Anstieg des Preisniveaus sorgt für höhere Einnahmen seitens der Erdölländer, was wiederum die Relevanz von Ressourcen als Machtquelle verstärkt. Als eine zentrale Frage gilt dabei, wie sich die höheren Einnahmen auf das Verhalten derjenigen Akteure auswirken, die davon profitieren.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert: Der erste Abschnitt behandelt den theoretischen Unterbau, auf dem im zweiten Teil die Länderstudien aufbauen. Im letzten Teil werden die jeweiligen Ergebnisse verglichen und daraus Schlüsse für die künftige Forschung gezogen.

Anhand verschiedener Fallbeispiele wird empirisch untersucht, wie die erdölfördernden Staaten mit den Renten ihre Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik betreiben. Die Fallauswahl folgt einer systematischen Eingrenzung. Zunächst werden die 20 weltweit größten erdölproduzierenden Länder identifiziert. Anschließend wird die Gruppe auf diejenigen Staaten fokussiert, die zum Zeitpunkt der Untersuchung Nettoexporteure waren und eine starke Exportabhängigkeit aufwiesen. Die Auswahl wird ein weiteres Mal regional (Persischer Golf, Subsahara Afrika, Nordafrika und Lateinamerika) verfeinert. Schließlich begrenzt sich die Untersuchung auf folgende Länder: Iran, Saudi-Arabien, Angola, Nigeria, Algerien, Libyen und Venezuela. Diese Gruppe wurde durch die wichtigsten Förder- und Exportländer in Europa ergänzt, nämlich Norwegen und Russland. Interessant gestaltet sich der Vergleich zwischen Nigeria und Norwegen, variieren diese beiden Länder doch stark hinsichtlich des Demokratiegrads und des Wohlstandsniveaus. Norwegen gilt als etablierte Demokratie mit einem hohen allgemeinen Wohlstand, während Nigeria, trotz des

Endes der Militärdiktatur, als politisch instabil gilt und die Wirtschaft zwar wächst, jedoch ohne dass sich das Land nennenswert entwickelt.

Robert Kappel zeigt am Beispiel Nigeria, wie ein Staat mit großen Erdölressourcen und Wachstum trotzdem unterentwickelt bleiben kann. Er gibt dabei ein detailliertes Bild des Erdölsektors und der wirtschaftlichen Situation im Land. Obwohl Nigeria 2010 der achtgrößte Erdölproduzent war, stagniert die Wirtschaft. Kappel zeigt auf, dass der Staat sein Augenmerk zu sehr auf die Erdölproduktion richtet und dadurch andere wirtschaftliche Sektoren vernachlässigt. An den Einnahmen durch die Erdölproduktion in Nigeria bereichern sich indes die Eliten. Dies führt zu Klientelismus, der politische Einfluss der Erdöleliten vergrößert sich und eine nachhaltige Entwicklung wird behindert. In der Außenpolitik gilt Nigeria als ein verlässlicher Partner, allerdings mit begrenzten Einflussmöglichkeiten. Innenpolitisch ist das Land gespalten. Der Staat kann seine Sicherheitsaufgaben nur bedingt wahrnehmen und die soziale Lage ist aufgrund der wirtschaftlichen Misere prekär. Kappel kommt zu dem Schluss, dass sich die wirtschaftliche und politische Situation Nigerias vorerst nicht aus der Krise und der Instabilität befreien kann. In der Analyse bleibt allerdings ungeklärt, wie groß der tatsächliche Einfluss der Erdölwirtschaft auf die wirtschaftliche, politische und soziale Lage Nigerias ist. Denn die Schwäche des Staates, wie sie hier dargestellt wird, ist vermutlich nicht nur auf die Erdölförderung zurückzuführen.

Das Fallbeispiel Norwegen, von Matthias Dornfeldt skizziert, zeigt ein gegensätzliches Bild. Das Königreich Norwegen hat von allen Erdölstaaten das höchste Pro-Kopf-Einkommen und verfügt über eine diversifizierte Wirtschaft. Rund 63 Prozent des BIP werden durch Dienstleistungen erwirtschaftet, trotzdem stellt Norwegens Erdöl eine wichtige Einnahmequelle dar. In der internationalen Politik ist Norwegen ein verlässlicher und starker Partner. Trotz vielfältiger internationaler Beziehungen und Verflechtungen nimmt das Land gleichzeitig die Rolle eines Außenseiters ein. Man glaubt, so besser die eigenen, nationalen Ziele verfolgen zu können. In der Innenpolitik hat das Erdöl vor allem eine stabilisieren-

de Bedeutung. Der norwegische Wohlfahrtsstaat wird zum großen Teil durch die Erdölrenten finanziert und sichergestellt. Norwegens Ressourcenreichtum hat zu einem allgemeinen Wohlstand geführt. Weder außen- noch sicherheitspolitisch wurde das Erdöl je als Machtinstrument benutzt. Lediglich im Inneren trug es indirekt zur Systemstabilisierung des Wohlfahrtsstaats bei und kann insofern als eine Machtressource angesehen werden. Weiterhin zeigt das Beispiel Norwegen, dass durch den Export von Erdöl allgemeiner Wohlstand gefördert und Demokratie stabilisiert werden kann.

Die Publikation gibt anhand der Länderstudien einen guten Einblick in den Zusammenhang von Erdöl und Macht. Die Einteilung in Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik ist gelungen, veranschaulicht sie doch die besonderen Verhaltensweisen in den einzelnen Staaten. Der theoretische Zugang zu den einzelnen Länderanalysen ist nicht immer eindeutig. Erst nach mehrfachem Lesen wird klar, wie sich das Analyseraster zusammensetzt und wie die rententheoretischen Ansätze eingesetzt werden. Auch wenn die Autoren die Problematik in der Einleitung erwähnen, lässt die Untersuchung am Ende ein wirklich messbares Ergebnis, nämlich wie sehr Erdöl den Staaten als Machtquelle dient, vermissen.

Henrik Pfeiffer

**John Akude, Anna Daun, David Egner, Daniel Lambach (Hrsg.), Politische Herrschaft jenseits des Staates. Zur Transformation von Legitimität in Geschichte und Gegenwart, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften) 2011.**

Anhand verschiedenster historischer Beispiele beschäftigt sich der vorliegende Sammelband mit staatlichen Umbrüchen und neu entstehender Legitimität von politischer Herrschaft – angefangen bei der aztekischen Hochkultur über antike und mittelalterliche Königsbilder und (post-)koloniale Stammesgesellschaften bis hin zu den kurdischen Autonomiebestrebungen im heutigen Irak. Stets vor dem Hintergrund eines zerbrechenden oder schwachen Staatsgebildes interessieren sich die Autoren für die Kontrolle der Gewaltmittel und der daran anschließenden Rechtfertigung. Legitimation in

Zeiten von Transformation sei über die Jahrhunderte hinweg vergleichbar, Muster der Kontrolle von Gewaltmitteln im politisch instabilen Raum seien sowohl in der Frühzeit als auch der Moderne zu erkennen – so die These der Autoren.

In der Einführung präsentieren die Autoren einen, nur schwer verständlichen Ansatz zur Systematisierung von Transformationsprozessen. In Ermangelung einer klaren Definition von „Staaten“, wird nur schemenhaft deutlich, was unter nichtstaatlicher Herrschaft zu verstehen ist. So erwarten den Leser in den nachfolgenden acht historischen Beiträgen auch keine Herrschaftsformen „jenseits des Staates“, wie es der Buchtitel verspricht. Nicht mafiöse Kartelle, kommunale Selbstverwaltungen, religiöse Kollektive oder Herrschaft durch Kriegsherren stehen im Mittelpunkt. Vielmehr gilt lediglich das Kriterium „Monopol physischen Zwangs“ und dessen erfolgreiche Rechtfertigung als entscheidend für die Bewertung von Staatlichkeit. Hierzu wird die sehr schlanke Begriffsbestimmung Max Webers herangezogen und schwankende Legitimität als Quelle von Transformationsprozessen ausgemacht. Dass dieser Ansatz leicht zu operationalisieren ist, täuscht nur wenig über die politiktheoretisch fragwürdige Grundlage hinweg. Auf drei Ebenen – der Regierung, der Eliten und der sogenannten politischen Gemeinschaft – käme es bei Zustimmungsverlust und fehlenden Übergangsinstitutionen zu Diktatur, Oligarchie und gespaltenen Gesellschaft, die in Putsche, Revolutionen und Staatszerfall, letztlich also Transformation, münden können.

Folglich widmen sich die Autoren anhand interessanter und historisch weit gefächerter Beispiele weniger der Betrachtung nichtstaatlicher Herrschaft, als vielmehr einer Auseinandersetzung mit der Rolle der Legitimation in Zeiten schwächerer staatlicher Autorität. Teils unterhaltsam, stets aber fundiert, stellt beispielsweise Sabine Müller in ihrem Beitrag die Diadochenherrschaft nach dem Tode Alexanders des Großen dar. Das Bestreben der ehemaligen Generale des jung verstorbenen Makedoniers, sich durch verschiedenste Maßnahmen, sei es durch antike Propagandamittel oder das Einheiraten in die königliche Argeaden-Familie, vor dem Volk als le-

gitime Nachfolger zu präsentieren, wird anschaulich und mit besonderem Blick auf die ägyptische Ptolemäer-Dynastie beschrieben. Gesänge der Ilias und Münzprägungsintrigen zieht sie ebenso wie das frühhellenistische Pantheon zum besseren Verständnis heran. In einem sehr knappen Fazit summiert Sabine Müller die Bedeutung der Legitimität für die sich noch stabilisierenden Satrapien des ehemaligen Weltreichs und reiht sich damit in den Leitgedanken des Buches ein.

In einem anderen Beitrag widmet sich Frank Wehinger detailliert und verständlich der nach Autonomie strebenden Region Kurdistan im Norden des Iraks. Als „state-within-a-state“ nähert er sich dem schwierig zu fassenden politischen Gebilde, das sich seit dem zweiten Golfkrieg dem Einfluss der Bagdader Zentralregierung entzieht. Neo-patrimoniale Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen, die auf Klientelwirtschaft und Patronage fußen, zieht er wiederholt zur Erklärung der politischen und ökonomischen Verwaltung der Kurdengebiete heran. Vor allem die beiden großen Parteien KDP und PUK bilden hierbei die Machtzentren. Ihr Einfluss stützt die neu geschaffenen Staats- und Regierungsinstitutionen, die auf die zugegebenermaßen zeitweise fragile Kooperation der beiden Politbüros angewiesen sind. Dennoch erkennt Frank Wehinger ein sich etablierendes Monopol legitimen physischen Zwangs, das sich nach innen durch (kurdisch-) nationalistische Appelle, Sicherheitsgarantien und bescheidene Wohlfahrt gegenüber der Bevölkerung rechtfertigt.

*Summa summarum* vereint der Sammelband unterschiedlich gut geschriebene, interessante Aufsätze und bietet ein klares, gelungenes Resümee an. Das Buch richtet sich an Politologen, Soziologen und alle, die mit der Materie vertraut sind. Leider lässt der Band eine eingängige, verknüpfende Theorie zur Erklärung der vorgestellten Fallbeispiele vermissen. Auch finden sich inhaltliche Blüten, wie die in der Einleitung formulierte Behauptung, im Buch würde „die Absetzung von drei Herrschern im frühen europäischen Mittelalter [analysiert]: Childerich III., Pippin und Karl der Große“ (S. 21). Dass nur Ersterer entthront wurde, wird zu späterer Zeit auch richtig gestellt, lässt jedoch eine eher flüchtige, redaktionelle Bearbeitung erkennen.

Michel Penke

### Elisabeth Schöndorf, *Against the Odds – Successful UN Peace Operations – A Theoretical Argument and Two Cases*. Baden-Baden (Nomos) 2011.

In her dissertation *Against the Odds – Successful UN Peace Operations – A Theoretical Argument and Two Cases* (Baden-Baden: Nomos) Elisabeth Schöndorf attempts to provide explanations for the success and the failure of complex UN peace operations. She uses two peace operations as detailed case studies: UNTAES in Eastern Slavonia in the former Yugoslavia (1996-1998) and UNTAET in East Timor (1999-2002). From these two cases, she tries to develop a general theoretical framework applicable to other UN missions in order to categorise *pathologies*, i.e. difficulties and flaws that the missions develop, and *coping strategies*, i.e. the strategies the missions, or more precisely their leaders, develop to contain or overcome these pathologies.

The author rightly assumes that complex UN missions generally operate under unfavourable conditions and are therefore virtually bound to develop organisational pathologies. The more of these they develop, the more likely a failure of the mission becomes. The mission's leadership plays the most important role in the attempt to overcome such pathologies – if decision makers come up with appropriate coping behaviour, problems might be resolved and the mission might succeed “against the odds” – thus the title of the study.

Schöndorf's main research question is the following: What kind of organisational pathologies develop in a UN peace operation in adverse conditions; and how can they successfully be coped with? (cf. p. 21f.). The missions she deals with face extreme challenges. They have to deal with post-conflict hostility, low human capacity for reconstruction, and very poor local infrastructure. They are highly complex, pursue a multitude of goals within a short timeframe, and face dilemmas of governance and legitimacy. For these reasons, it is virtually unavoidable that the missions develop “pathologies”. Thus, Schöndorf's research goal is to build a theory on “how the conditions and inherent characteristics of complex peace operations of the UN produce pa-

thological setbacks – and how a mission can come to terms with them” (p. 21).

The theoretical framework Schöndorf develops is certainly useful for the categorisation of pathologies and coping strategies. However, the vast majority of pages is filled with the detailed analysis of the two case studies in Eastern Slavonia and East Timor. At first sight, the choice of these cases might seem surprising – why not include a UN mission in Africa, the continent that hosted almost half of the fifty UN missions after the Cold War, including the most numerous and largest missions? Under closer scrutiny, however, the choice of case studies makes sense. The cases both belong to the most complex mission type, the transitional administration, where adverse conditions are virtually ensured and the mission is confronted with the daunting task of building a state from scratch. In order to identify coping strategies, the case studies had to be examples where transitional governments have experienced relative success, and where pathologies were contained successfully. The missions in Eastern Slavonia and East Timor are the two most successful interim administration missions the UN has ever deployed. The choice of cases is clearly explained by the author, and she strictly sticks to her theoretical framework when dealing with the case studies.

Now, what exactly are the pathologies and coping strategies Schöndorf talks about? Schöndorf establishes four categories of pathologies that are likely to develop under stressful conditions, and distinguishes between those focused on agency and those focused on structure. The pathologies based on agency include inappropriate judgements by staff, the ignoring of problems and a reluctance to look for better solutions (“cognitive biases”), as well as a lack of commitment to stated organisational goals (“principal-agent pathologies”). Those focused on structure include organisational causes, for example the problem that more interlinked tasks are more prone to spill-over effects and that minor errors can cause major harm and easily affect other parts of the mission (“tight coupling of complex interactions”). The fourth pathology, also focused on structure, addresses deficiencies that develop at a macro-level over a longer period of time, for exam-

le problems related to self-reinforcing institutions (“path dependence”). While this typology may at first sight seem very complicated, it is also highly useful, since it allows for the categorisation of virtually any dysfunctional behaviour that may occur during a complex UN peace operation. Aside from establishing a convincing typology of pathologies, does the author also observe coping strategies comprehensively? And, more importantly, are there any lessons to be learnt from her observations – can any of the strategies be generalised and applied to future peace operations?

At first, it is important to emphasise Schöndorf’s basic assumption that “there is no rationally optimal reaction to ill-structured problems” (p. 53). Thus, the book is modest in that it acknowledges the inexistence of a recipe for success – there is only “good and bad coping with problems” (p. 24). Coping in this context does not mean problem solving, but merely the prevention, reduction, or containment of “problems, dilemmas, pathologies” (p. 66).

Some of the coping strategies seem to be rather plain, if not obvious. For example, in order to counter cognitive biases, missions supposedly “acquire experience and expertise, communication, sequential pursuing of goals, and vigilance” (p. 67). To avoid spill-over effects (“tight coupling of complex interactions”), a mission is decomposed into sub-units, which can be dealt with more easily. It is important to note, however, that these coping strategies are not the author’s personal recommendations, but observations of how the two missions under scrutiny have dealt with various deficiencies when they occurred in the field. Thus, it is interesting to see that such rather simplistic or seemingly obvious strategies (“acquire expertise”, p. 67) are actually employed in practice and, crucially, often entail considerably more complications than initially anticipated.

In her summary, Schöndorf gives another convincing argument. She clearly states that the respective leader of a mission, the Special Representative to the Secretary-General (SRSG), and his or her leadership style, plays a key role in dealing with shortcomings of a mission, as he or she is the person responsible for a change of policy in order to fight deficiencies. “The person taking over as SRSG/Transi-

tional Administrator can be expected to prove a crucial factor for a mission’s capacity of fit coping” (p. 74). This is both convincing and commendable. It is not a surprise, but nevertheless an important finding, since, ironically, the role of political leaders and decision-makers sometimes seems to be understated when the success of a mission is analysed. Thus, the result of Schöndorf’s study clearly holds decision-makers accountable for the outcome of their mission.

All in all, putting methodological intricacies aside, it must be mentioned that the book is refreshingly optimistic. It accepts the premise that a UN mission is constantly precarious and an extremely difficult and complicated enterprise. While a lot of peacekeeping literature focuses on the impotence of UN missions to truly alleviate people from suffering, this book focuses on factors and processes that help a mission to “control its precariousness” and to “avert foreboding tragedies” (p. 21), and is thus a valuable addition to the existing literature. The fact that Schöndorf manages to maintain an optimistic view, but neither downplays the problems of UN missions nor overestimates their capacity, is an achievement in itself.

Ingo Nordmann

**Egbert Jahn, Frieden und Konflikt. Reihe Lehrbuch, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften) 2012.**

Über ein halbes Jahrhundert ist es her, seit die Friedens- und Konfliktforschung begann, sich als ein eigenständiges Forschungsfeld zu etablieren – und nach wie vor ist sie vielfältig und schwer zu umreißen. Mit dem Lehrbuch „Frieden und Konflikt“ gelingt es Egbert Jahn, einer der renommiertesten Friedensforscher und Mitbegründer dieser Disziplin, eine grundlegende und übersichtliche Einführung in den Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu geben. Er liefert einen kompakten Überblick über die historische Entwicklung und die zentralen Themen dieses interdisziplinären Forschungsfeldes und umreißt die maßgeblichen Fragestellungen, sowie die bislang erreichten Erkenntnisse. Der Autor beschäftigt sich mit elementaren Terminologien von Frieden und versucht, verwendete Begrifflichkeiten voneinander

abzugrenzen, was sich teilweise als schwierig gestaltet, da oft selbst in der Wissenschaft keine einheitliche Verwendung existiert (von der Politik ganz zu schweigen). Darüber hinaus werden noch empirische Beispiele der Friedenspolitik vorgestellt, um einen konkreteren Einblick in die Praxis zu ermöglichen.

Das Buch ist explizit an Studierende und Interessierte gerichtet, die sich näher mit der Friedens- und Konfliktforschung beschäftigen möchten, ohne über fundierte wissenschaftliche Vorkenntnisse zu verfügen. Der Autor selbst hat eine interdisziplinäre Orientierung und verfolgt einen sozio-historischen Denkansatz, der gesellschaftliche und politische Strukturen in einer systematischen und theoretisch fundierten Weise analysiert. Dementsprechend ordnet er die Friedens- und Konfliktforschung im ersten Kapitel zunächst in die Geschichte der Wissenschaften ein und gibt einen knappen Überblick über die Entwicklung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Kriegen, Konflikten und Lösungsansätzen in den unterschiedlichsten Fachdisziplinen, angefangen bei der Soziologie und Psychologie über die Ethnologie bis hin zur Biologie und Pädagogik. Demnach etablierte sich die Friedens- und Konfliktforschung zunächst als Teil der Internationalen Beziehungen, also als untergeordneter Teilbereich der Politikwissenschaft, und hatte das Ziel, als interdisziplinäre Wissenschaft die Erkenntnisse aller Wissenschaften zu diesem Thema zu vereinen – ein Anspruch, hinter dem sie zurückbleibt, da interdisziplinär angelegte Projekte nach wie vor äußerst selten sind. Der anfänglich recht einseitige Fokus auf Staatenkonflikte wandelte sich schnell, sodass sich ab den 1970er Jahren eine gesellschaftskritische Ausrichtung durchsetzte, die sich mit jeglichen (ungerechten) Gewaltverhältnissen befasste.

Im zweiten Kapitel erläutert Jahn vier der wichtigsten analytischen Begriffe innerhalb der Thematik – Konflikt, Krieg, Gewalt und Massenmord – und verweist auf die Notwendigkeit, diese zu differenzieren. Anhand existierender Konfliktdefinitionen (konstruktiver vs. destruktiver Konflikt, bewaffneter Konflikt vs. Krieg) weist er gleichzeitig auf eine zentrale Problematik des gesamten Feldes hin: Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis existieren keine absoluten

Abgrenzungen zwischen den einzelnen Begrifflichkeiten, die Übergänge sind oft fließend. Der Autor reflektiert hier auch kritisch die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung, indem er auf Versäumnisse hinweist, wie beispielsweise die lange Zeit vernachlässigte Auseinandersetzung mit politischen Massenmorden – die erheblich höhere Opferzahlen verursacht haben als Kriege. Nach Schätzungen kamen allein von Anfang des 20. Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre 169,2 Millionen Menschen bei Bevölkerungsmorden ums Leben – im Vergleich zu „nur“ 34 Millionen Kriegstoten.

Im darauffolgenden Kapitel geht es um den normativen Anspruch der Disziplin, durch wissenschaftliche Beiträge die Kooperation zwischen Konfliktparteien sowie die zivile Dimension von Konfliktbearbeitung voranzutreiben. Es werden zudem wichtige Kontroversen zum konzeptionellen Gehalt thematisiert, beispielsweise die Unterscheidung zwischen positivem Frieden (angestrebte Gesellschaftsordnung) einerseits und negativem Frieden (als Nichtkrieg) andererseits, das Sicherheitsdilemma, das mit der militärischen Fähigkeit einen Angriff abzuwehren einhergeht, oder auch die Beziehung zwischen Sicherheitspolitik und Friedensforschung, einschließlich ihrer Gemeinsamkeiten und elementaren Unterschiede.

Im vierten Kapitel wird eine knappe Übersicht über die Geschichte des Krieges gegeben, insbesondere im Hinblick darauf, wie sich diese Form der menschlichen Auseinandersetzung über die Jahrhunderte entwickelt und verändert hat. Dies gelingt zwar, doch fällt auf, dass es sich in erster Linie um einen euro-zentristischen Blick handelt und kein Versuch unternommen wird, sich von dieser einseitigen Perspektive zu lösen oder sie kritisch zu reflektieren. Jahn schildert die wichtigsten Etappen der Kriegsentwicklung, von der grundlegenden Frage, seit wann es Kriege gibt, über verschiedene, sich wandelnde Kriegsförmlichkeiten, bis hin zu den Staaten- und Bürgerkriegen im Westfälischen System, in dem Kriege „formalisiert“ wurden (61).

Recht kurz wird in diesem Kapitel auch auf die Utopie des Weltfriedens eingegangen. Jahn skizziert zunächst die Friedensanstrengungen der ersten Weltreiche, die immer auch den Anspruch stellten, auf lange Sicht Weltfriedens-

reiche zu werden, und widmet sich dann den ersten internationalen, institutionalisierten Bemühungen durch den Wiener Kongress, den Völkerbund und letztlich ab 1945 den Vereinten Nationen (VN), die bis heute die umfassendste Staatenorganisation mit universellem Friedensanspruch darstellen. Der größere Teil dieses Kapitels gibt jedoch einen Überblick über Kriege, die in der Vergangenheit stattgefunden haben (Weltkriege oder „kleine“ Kriege im Sinne von Guerillakriegen), über vergangene und zukünftige Krisenherde, und analysiert, auf welche Weise die Zunahme an internationaler Verflechtung Auswirkungen auf das Kriegsgeschehen haben wird.

Abschließend werden exemplarisch einige Forschungsfelder innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung näher betrachtet, was eine konkretere Vorstellung von der Arbeit und den Herausforderungen innerhalb dieses Forschungsbereiches ermöglicht. Beispiele sind die Kriegs- und Friedensursachenforschung, die Beschäftigung mit den Vereinten Nationen oder regionalen internationalen Organisationen und die Beschäftigung mit der Frage, inwiefern es diesen Institutionen gelingt, Sicherheit zu gewährleisten bzw. „friedenserhaltende Aktionen“ erfolgreich umzusetzen oder dem universelles Völkerrecht Geltung zu verschaffen. Weiterhin wird der gesamte Themenkomplex um die Rüstungsdynamik beleuchtet, und auch psychologische Aspekte im Hinblick auf individuelles oder kollektives Aggressionsverhalten sowie der Bereich der Friedenserziehung werden berücksichtigt.

Insgesamt erfüllt das Lehrbuch den eigenen Anspruch, einen ersten, einführenden Überblick zu geben, voll und ganz. Es ist knapp, verständlich und aktuell. Dass dementsprechend in keinem der Kapitel wirklich in die Tiefe gegangen werden kann, wird größtenteils von den kommentierten Literaturempfehlungen aufgefangen, die am Ende des Buches auf zentrale Werke hinweisen und eine gute Übersicht über das Fach geben. Auch die Auflistung relevanter Zeitschriften, Jahrbücher und aktueller Internetadressen schafft eine gute Basis für die weitere Beschäftigung mit der Friedens- und Konfliktforschung – etwas, zu dem dieses Buch definitiv einlädt.

Kerstin Walz

**Janina Johannsen, *The EU's Comprehensive Approach to Crisis Management: Premises, Ambitions, Limits*, Baden Baden (Nomos) 2011.**

For those academics who have a keen interest in the field of crisis management, this study offers an interesting insight into the problems with the concept and the gap that exists between EU policy regarding crisis management and what is practiced in reality.

Choosing this area of research could be considered a bold choice, considering, as honestly and clearly highlighted on various occasions, that there is “no agreement so far among EU member States on what the EU's Comprehensive Approach to Crisis Management really is, what its ambitions are, and where its limits lie” (p. 17). However, the appeal of a study of a topic of such ambiguity is, amongst other things, the widened scope for investigation into definition problems of related terms (such as what a crisis actually is) and how that impacts the implementation of the concept in an international context.

The beginning of this book outlines the structure of the study and explains this effort to identify the main characteristics of the comprehensive approach, including its historical legacy and the institutional and conceptual premises (p. 17). It further highlights that there is little comprehensive research on the topic. As a result, and with the help of extensive and occasionally overwhelming EU documents and initiatives, a well-structured and detailed research follows, highlighting clearly the most recent presented policy, the historical context and prerequisites, followed by a case study of the actions taken in the Democratic Republic of Congo between 2003 and 2009.

The ambiguity of various related terminologies is an interesting focal point. For example, the difficulty of determining what constitutes a crisis is problematic for obvious reasons. If a concrete definition is decided upon, the EU would be duty-bound to act in every appropriate instance, which may, understandably, be something they would wish to avoid. Further stressed is the need for different factors to be considered in determining whether this ‘crisis’ should be

tackled using this method. Johannsen emphasizes the importance of financial resources (limited), location of the crisis, the historic background between states, opinion of EU citizens, scale of the crisis, and whether assistance is even wanted by the state in question. By further highlighting definition problems with a number of other terms, the complexity of the decision for action is made clear and helps in the understanding of the differences between what is presented and what is carried out in practice.

The main characteristics of the presented approach to crisis management are also clearly explained, highlighting the objectives (i.e. 'safeguarding the EU's values, fundamental interests, security, independence and integrity', p. 70), principles (i.e. 'acknowledgement of the UN Security Council's primarily responsibility for the maintenance of international peace and security', p. 70) and civil and military capability (outlined as necessary element in the EU's approach and ensure the effectiveness and efficiency of actions). A further chapter successfully examines how these characteristics have evolved and which policy developments affected changes to crisis management. It is clear that the establishment of the European Communities and the following organizational organizations (parliament, commission etc.) emphasize the desire to create a lasting organizational structure. Furthermore, an examination of the gradual developments of the three pillars of crisis management follows. The use of the Democratic Republic of Congo is clearly a good choice of case study as Johannsen manages to clearly highlight the gaps between the rhetoric and practice in the field. There were various attempts to help stabilize the DRC, as, although resource-rich, it was and still is a poor and conflict-ridden country. The wars in the 1990s saw millions of people die as well as some of the most significant number of child soldiers to date. Thus, the author highlights that this was and remains a complex situation in which the EU attempted to implement their governance measures. However, the author shows that these measures were independent of each other and that they did not necessarily correspond to the characteristics of this crisis management approach. For example, civil and military coordination is a necessary requirement,

but this did not occur. Johannsen points to a lack of human resources offered by EU member states and highlights that coordination between different sectors of the European Communities was limited. There was, for example, insufficient shared planning or shared resources. Furthermore, different motives between acts of intervention resulted in a fragmented approach. As a result, there is a need for clarification within the approach to allow stricter implementation in appropriate situations.

This study has many positives. It is clearly structured, highlighting easily the current layout of the EU's approach to crisis management and on what foundations it is based on. The focus on definition problems is also useful in understanding the problems behind the approach and, along with the study regarding the Democratic Republic of Congo, it helps highlight the differences between concept and implementation. However, when discussing the different pillars of the approach and their foundations, this book becomes quite complicated and filled with endless treaties, agreements and abbreviations. As a result, it becomes significantly more difficult to read. Nevertheless, the final chapter regarding the case study is particularly helpful in explaining the EU's comprehensive approach to crisis management.

Rosanne Hirst

### **Martin Kipping, *State-Building. Erfolg und Scheitern in Afghanistan, Baden-Baden (Nomos) 2011.***

Im November 2009 rief der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in Deutschland Empörung hervor, als er behauptete, in Afghanistan herrsche „Krieg“. Damit rückte er vor allem die Geschehnisse am Hindukusch nach langer Zeit wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit. In der politikwissenschaftlichen Forschung hatte man allerdings das Thema nie wirklich aus den Augen verloren. Ist doch der Militäreinsatz in Afghanistan nicht der erste in diesem Land, und auch nicht der erste, der sich damit schwer tut, dort Frieden und Sicherheit zu schaffen.

Ganz allgemein existiert laut Aussage von Martin Kipping bis heute keine brauchbare Theorie, die die Gründe für

Erfolg oder Scheitern von externen State-Building-Interventionen vollständig erklären und damit auch Hinweise darauf liefern könnten, warum in Afghanistan kein Frieden einkehrt. Diesem Defizit versucht er mit der vorliegenden Dissertation entgegenzuwirken. Die Arbeit ist in sechs Kapitel unterteilt, die ausgehend vom aktuellen Forschungsstand eine vergleichende Analyse zwischen verschiedenen Afghanistan-Interventionen und ihren Ergebnissen mit Blick auf State-Building durchführt. Als Vergleichsfälle betrachtet der Autor die sowjetische Intervention in den 1980er Jahren und die aktuelle, von den USA geführte Intervention seit 2001.

Zunächst stellt Kipping zwei stark abstrakte Arbeitshypothesen auf. Er vermutet, dass ein Mindestmaß an Kontrolle und Stabilität sowie eine kohärente Zieldefinition der beteiligten Akteure Voraussetzung für erfolgreichen Kapazitäten- und Institutionenaufbau sowie für die Gewährleistung nachhaltiger Politiken sind (S. 56). Kipping testet seine Annahme anhand dreier, für erfolgreiches State-Building als wesentlich geltender Handlungsbereiche: Fiskalwesen, Herrschaftslegitimation und Sicherheitssektor. Dabei geht der Autor auch auf die Aspekte Ownership und Sequencing ein. Hierbei geht es um die Fragen, in welchem Verhältnis die Interventen und ihre jeweiligen Ziele zueinander stehen und in welcher Reihenfolge die einzelnen Komponenten des State-Building ablaufen sollen. Kipping stellt zunächst die Handlungsstränge der relevanten Akteure in beiden Untersuchungsfällen dar und untersucht sie anhand der Leitfragen.

Zieht man die oben genannten Kriterien heran, so bilanziert man für die sowjetische Intervention vor allem erfolgreiches State-Building in urbanen Gebieten. Herrschaftslegitimation ließ sich leichter in den Ballungszentren erreichen, da die notwendige politische Kontrolle gegeben war. Außerdem waren die sowjetischen Interventen und die afghanischen „Macht“haber ideologisch gleich positioniert. Die Zusammenarbeit stärkte die politische Kontrolle. In den ländlichen Gebieten hingegen konnten aufgrund der dortigen unsicheren politischen Lage keine Institutionen dauerhaft etabliert werden. Kipping sieht auch im

Fiskalwesen und in der kohärenten Zieldefinition im Bereich der wirtschaftspolitischen Leitbilder (zentrale Planwirtschaft) einen erfolgsbildenden Faktor. Die politische Instabilität in ländlichen Gebieten sowie die Vorherrschaft der Mudschaheddin verhinderten tendenziell die Ansiedlung von Industrie und den Ausbau der Infrastruktur. Diese Kombination führte zu steigenden Sozial- und Militärausgaben, was wiederum die Nachhaltigkeit des Finanzsektors beeinträchtigte. Im Sicherheitssektor verursachte vor allem der interne Konflikt zwischen den beiden Fraktionen der kommunistischen Partei (Parcham und Khalq) das Misslingen des State-Buildings. Es konnte aufgrund von internen Streitereien keine funktionstüchtige Koordinationsstruktur für den Sicherheitssektor aufgebaut werden; Die Armee litt unter hohen Desertionsquoten. Nur der Aufbau des Geheimdienstes (Khad), der nicht auf politischer Stabilität begründet wurde, war erfolgreich. In den ländlichen Gebieten sollten die Mudschaheddin die Kontrolle stärken, es kam hier jedoch zu einer Destabilisierung.

Die von den USA geführte Intervention in Afghanistan seit 2001 war hingegen in der ersten Phase relativ erfolgreich und musste dann, nach dem Wiedererstarken der Taliban (etwa 2005/06), immer mehr Rückschläge hinnehmen. So folgten auf die ersten Erfolge im Finanzwesen (Aufbau einer staatlichen Finanzverwaltung und einer nachhaltigen und konservativen Haushaltspolitik) diverse Schwierigkeiten. Durch die politische Destabilisierung des Landes stiegen die Kosten im Militärssektor enorm an, was den Staat zwang Hypotheken aufzunehmen; das schwächte die finanzielle Stabilität erheblich. Ein ähnliches Bild zeigt sich derzeit im Sicherheitssektor, der mit einer neuen nationalen Armee, aber ohne erfolgreiche Polizeistruktur daherkommt. Ursache ist die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren. Außerdem wurden ebenso wie während der sowjetischen Intervention die irregulären Kräfte und Milizen zu sehr gefördert, was die Destabilisierung vorantrieb und den Taliban neue Zustimmung einbrachte. Ursprünglich sollte diese Politik Instabilität reduzieren und den ländlichen Gebieten Sicherheit bringen. Doch wie auch schon während der

sowjetischen Intervention gelang dies nicht. Außerdem kamen stärkere Zweifel an der Legitimität der Regierung nach der Rückkehr der Taliban sowie nach einigen Wahldebakeln auf. So konnten die USA und ihre Verbündeten die Demokratisierung und den Aufbau neuer politischer Institutionen nur schwerlich voranbringen.

Kipping kommt zu dem Ergebnis, dass weder im den 1980er Jahren noch während der US-amerikanisch geführten Intervention zu Beginn des neuen Jahrtausends die Voraussetzungen zum erfolgreichen State-Building dauerhaft gewährleistet sind. Dementsprechend identifiziert er ein Mindestmaß an Stabilität und Kontrolle sowie eine kohärente Zieldefinition als elementare Bestandteile für das Gelingen von State-Building-Interventionen. Es gibt, so Kipping, offensichtlich Teilbereiche beim State-Building, die nur kurzfristig erfolgreich sind. Deutlich wird dabei aber auch, dass dauerhafte externe Einflussnahme keinen Erfolg erzwingen kann.

Insgesamt ist die Arbeit von Kipping für Leser mit geringem Hintergrundwissen und als Einführung zur Theorie des State-Building gut nutzbar. Der Autor bemüht sich die Wirkungszusammenhänge am Beispiel Afghanistan ausführlich zu erläutern und die Hintergründe entsprechend darzulegen. Der Verlauf der jeweiligen Intervention wird damit gut nachvollziehbar. Auch die empirische Analyse ist klar strukturiert und verständlich aufgebaut, wobei der Abstraktionsgrad der Arbeitshypothese ein hohes Deutungsvolumen eröffnet, jedoch nie zu diffus wird.

Ein Manko der Arbeit besteht in der fehlenden Transkription der Interviews. Der Autor führte nach eigenen Angaben insgesamt 38 Interviews mit Beteiligten der Interventionen, sowohl auf afghanischer Seite als auch auf der Seite der jeweiligen Interventionen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse nutzt er für die Arbeit, sie sind jedoch stellenweise schwierig nachzuvollziehen und bedürfen einer ausführlicheren Kontextualisierung.

Folgt man der Darstellung Kippings, so ist seine Dissertation die erste ausführliche Arbeit, die die Erfolgsaussichten von State-Building theoretisiert. Anhand der vorgelegten, historisch vergleichenden

Analyse leistet er damit einen wichtigen Beitrag zu diesem Forschungsfeld: Er eröffnet die Möglichkeit, Erfolg und Scheitern externer Interventionen zu erklären. Inwieweit seine Erkenntnisse tatsächlich verallgemeinerbar und auch auf andere Interventionen anwendbar sind, bleibt abzuwarten.

Julia Nerenberg